

Energiestudie kommt später

Ob durch mehr lokale Anlagen der Netzausbau teils vermeidbar wäre? Das soll erst bekannt werden, wenn die Entscheidungen gefallen sind.

VON MANUEL BERKEL



Mehr Netz oder weniger? Die guten Argumente bleiben vorläufig unter Verschluss. Bild: dpa

BERLIN *taz* | Die Uhr läuft. Noch bis 10. Juli können Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zum geplanten Ausbau der Stromnetze äußern. Notwendig sind fundierte Informationen. Doch eine umfassende Studie zum Thema will das Umweltbundesamt (UBA), eine Behörde des Bundesumweltministeriums, erst veröffentlichen, wenn die Bürger keine Chance mehr haben, Stellung zu nehmen, und wesentliche Entscheidungen gefallen sind.

Es geht um eine Modellrechnung, die klären soll, ob sich der Industriestandort Deutschland auch dezentral mit Energie versorgen lässt, was den geplanten Netzausbau zum Teil unnötig machen würde. Die Ergebnisse liegen dem UBA nach *taz*-Informationen seit sieben Monaten vor. Doch herausgegeben werden sie nicht.

Ein Sprecher der Behörde erklärte am Freitag auf Anfrage, sie sei noch nicht endgültig fertiggestellt; man müsse die Ergebnisse „vor Veröffentlichung noch einmal bis in die Fußnoten kritisch prüfen“.

Wenig gelegene Studie

Nach Angaben aus Behördenkreisen soll die Studie wohl erst Ende des Jahres publik gemacht werden, zusammen mit einer weiteren Untersuchung. Dass die Studie zur dezentralen Stromversorgung dann viel zu spät kommt, scheint nicht als Problem gesehen zu werden. Auch nicht beim übergeordneten Bundesumweltministerium: Der Stellungnahme des UBA sei nichts hinzuzufügen hieß es dort.

Fakt ist: Der Regierung käme die Studie vermutlich wenig gelegen. Sie setzt einerseits auf große Windparks in Nord- und Ostsee, andererseits auf neue Kohle- und Gaskraftwerke. Das ist das genaue Gegenteil der „lokal-autarken“ Versorgung, die das UBA untersucht.

In ersten Stellungnahmen zum Netzentwicklungsplan fordern auch manche Bürger ein dezentraleres Energiesystem. Sie hoffen, dass mehr Windräder, Solaranlagen und flexible Miniheizkraftwerke in Süddeutschland tausende Kilometer neue Stromautobahnen überflüssig machen.

Möglichst kein Signal für Fotovoltaik

Besonders das Potenzial der Fotovoltaik hat das UBA in der aktuellen Studie unter die Lupe genommen. Bis 2050 könnten hierzulande zehnmal so viele Solaranlagen installiert werden wie heute, bis zu 275.000 Megawatt, hatte das UBA schon vor zwei Jahren mitgeteilt. Ob das bezahlbar wäre, müsste zusätzlich geprüft werden. Zunächst müsste die Öffentlichkeit aber einmal wissen, wie viel Solarenergie für eine dezentrale Versorgung nötig wäre, und diese Frage ließe sich mit der UBA-Studie beantworten.

Ein starkes Signal für mehr Sonnenenergie von einer Behörde des Umweltministeriums könnte in der Regierung aber neuen Streit auslösen. Wegen der kostspieligen Förderung der Fotovoltaik stellt die FDP mittlerweile das gesamte Erneuerbare-Energien-Gesetz infrage.

Unbequem wäre die Studie noch aus einem weiteren Grund. In den Modellrechnungen sollten „alle Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung“ ausgeschöpft werden, hatte das UBA ebenfalls 2010 angekündigt. Die Bundesregierung bekämpft aber seit Monaten eine Richtlinie der EU, die Versorgungsunternehmen zu strengem Energiesparen verpflichten würde.